

Betreff:

Alternativen zur Stadtbahn prüfen und Transparenz schaffen
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 17.04.2013 -

Antragstext:

Seit Dezember 2012 liegt der Verwaltung das beauftragte Gutachten von Schüssler-Plan vor. Die Öffentlichkeit erreichen jedoch trotzdem nur ausgewählte Informationen, die vonseiten der Verwaltung an die lokale Presse weitergereicht werden. Dies verhindert eine angemessene Auseinandersetzung der Wiesbadener Bürger mit dem Großprojekt, vor allem vor dem Hintergrund, dass bereits auf der nächsten Stadtverordnetensitzung im Mai eine Entscheidung getroffen werden soll.

Bis heute sind keine Alternativen zur Stadtbahn geprüft worden. Dies ist angesichts des Kostenumfangs von mehr als 160 Millionen Euro im ersten Bauabschnitt grob fahrlässig. Anstatt sich auf den Bau einer Stadtbahn zu versteifen, muss der Magistrat aufzeigen, welche anderen Möglichkeiten es zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Wiesbadeners ÖPNV gibt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat möge berichten, wie er gedenkt die Öffentlichkeit im Vorfeld der Entscheidung zur Stadtbahn angemessen zu beteiligen, wenn der Grundsatzbeschluss bereits im Mai getroffen werden soll.
2. Der Magistrat wird
 - a. aufgefordert, das vorliegende Gutachten von Schüssler-Plan und PTV sofort der Öffentlichkeit und insbesondere den betroffenen Ortsbeiräten zur Verfügung zu stellen.
 - b. gebeten zu berichten,
 - i. wann Sonderwünsche (z.B. nach einer oberleitungsfreien Innenstadt) in die Kosten-Nutzen-Rechnung miteinbezogen werden.
 - ii. welche Zusatzkosten durch diese Sonderwünsche entstehen würden.
 - iii. ob diese von Bund und Land kofinanziert werden würden.
 - c. aufgefordert, umgehend Alternativen zur Entwicklung des ÖPNV in Wiesbaden zu prüfen, darunter
 - i. den Einsatz von Elektrobussen
 - ii. Verbesserung des Wiesbadener Bussystems durch Taktverkürzungen, die Optimierung von Busspuren und den vermehrten Einsatz von Gelenkbussen

Wiesbaden, 17.04.2013